



Währungssouveränität: Fidschis strukturelle Fallen

Von Ulrike Simon | 20.7.2021

Der kleine Inselstaat Fidschi könne die Einkommen seiner Arbeitskräfte auf die gleiche Weise schützen wie Australien, schreibt Bill Mitchell. Das bedeute aber nicht, dass keine Verwundbarkeiten existierten.

Verstrickt in unsere eigenen Covid- und Post-Covid-Debatten wagen wir Europäer vielleicht zu selten den Blick über den Tellerrand in andere Gegenden der Welt. Über die Proteste in Kuba wird ausführlich berichtet. Dass das Land seit 60 Jahren unter harten Wirtschaftssanktionen leidet, und es den Kubanern trotzdem gelang, zwei funktionierende Covid-Impfstoffe zu entwickeln, scheint weniger interessant; ebenso wenig wie das Leiden der Bevölkerungen in Staaten der 'Achse des Bösen', wie zum Beispiel in Syrien, Iran und Venezuela. Es fehlt

an allem: Strom, Medikamenten, Spritzen, was in der Regel als Versagen der Regierungen, nicht aber als Folge der Sanktionen dargestellt wird.

Aber auch in den vielen Entwicklungsländern, die nicht unter Sanktionen stehen, führt die Epidemie zu hohen Krankheits- und Todesraten und großen Wirtschaftseinbrüchen, und im Gegensatz zu den Industriestaaten ist eine Entspannung der Lage durch hohe Impffzahlen nicht in Sicht. Die Impfstofflieferungen lassen auf sich warten, sind kostspielig, die Produktion im eigenen Land ist wegen des Patentschutzes nicht möglich, und seitens des Westens wird Druck gegen den Import alternativer Impfstoffe aus Russland und China ausgeübt, Länder denen Impfstoffdiplomatie mit Hintergedanken vorgeworfen wird.

Wie das Vorhaben der Regierung Großbritanniens zeigt, die Ausgaben für Entwicklungshilfe von 0,7 % auf 0,5 % des BIP zu kürzen – schließlich müssten alle nach Covid den Gürtel enger schnallen –, ist aber auch seitens der G7-Staaten wenig Entlastung für Entwicklungsländer in Sicht. Dabei wurde Hilfe auf dem Gipfel mit der Initiative Build Back Better World (B3W) groß angekündigt, und es wäre auch im Interesse des Westens, die ärmeren Länder bei der Pandemie- und Armutsbekämpfung zu unterstützen.

Die [Haushalts-Debatte im britischen Unterhaus](#) und ein Artikel über die [Covid-Situation in Fidschi](#) waren für Bill Mitchell der Anlass einen [Blog-Artikel](#) über das Thema Währungssouveränität der Entwicklungsländer zu schreiben, dessen Inhalt ich im Folgenden wiedergebe.

Im Zuge von Covid hat Fidschi einen enormen BIP-Einbruch erlebt – real ein Minus von 19 Prozent im Jahr 2020. Das Land befindet sich gerade im Wettlauf mit der Zeit, um seine Bevölkerung zu impfen, während COVID-19 geradezu explodiert. Trotz rund 700 Neuinfektionen täglich weigert sich die dortige Regierung unter Premierminister Frank Bainimarama, offensichtlich ein Seelenverwandter des brasilianische Präsidenten Bolsonaro, einen landesweiten Lockdown zu verhängen. Denn dieser wirke nicht gegen das Virus, sondern vernichte lediglich Arbeitsplätze. Nach Aussage eines australischen Professors für Epidemiologie sei diese Haltung verständlich, denn nur reiche Länder könnten sich eine angemessene staatliche Unterstützung zur Einkommenssicherung wähen eines Lockdowns leisten, ärmere jedoch nicht.

Dies sei ein Mythos, schreibt Bill Mitchell, denn Fidschi hat seine eigene Währung, den Dollar, die bei einem kontinuierlichen Haushaltsdefizit von etwa

2,3 Prozent des BIP seit vielen Jahren stabil sei. Deswegen könne Fidschi grundsätzlich die Einkommen seiner Arbeitskräfte auf die gleiche Weise schützen wie Australien. Aber das bedeute nicht, dass keine anderen großen Verwundbarkeiten existierten.

Fidschi ist eine kleine, offene Volkswirtschaft, die von ausländischen Rohstoffpreisschwankungen und Naturkatastrophen beeinflusst wird. Die Haupt-Devisenquellen des Landes sind Tourismus, Überweisungen von im Ausland arbeitenden Staatsbürgern und Zuckereexporte. Es hat ein Handelsdefizit und ist auf Energieimporte angewiesen.

Trotz der eigenen Währung ist Fidschis monetäre Souveränität also begrenzt. Den meisten Entwicklungsländern geht es ähnlich. Einige Ökonomen sprechen von einem Spektrum der Währungssouveränität, abhängig von den vorherrschenden konkreten Umständen.

Nach der Modern Monetary Theory kann jede währungsausgebende Nation sicherstellen, dass alle ihr zur Verfügung stehenden produktiven Ressourcen vollständig und produktiv eingesetzt werden. Aber das schützt sie nicht vor materieller Armut. Eine Nation mit sehr begrenzten produktiven Ressourcen kann durchaus Vollbeschäftigung erreichen und trotzdem materiell relativ arm bleiben.

Wie verlieren Staaten ihre Währungssouveränität? Hauptsächlich durch die Verschuldung in Fremdwährungen und die Bindung ihrer Währungen an andere. Das Extrem-Beispiel für Letzteres ist die Dollarisierung, bei der die Nation eine fremde Währung als ihre eigene verwendet. Die Verwendung des CFA-Franc als Relikt aus der Kolonialzeit durch westafrikanische Nationen ist ein weiteres.

Mainstream-Ökonomen, wie die der Weltbank und des IWF, verschreiben den Entwicklungsländern verschiedene Lösungen zur Verbesserung ihres materiellen Lebensstandards. Leider sind diese Rezepte nicht zielführend. Keine der fortgeschrittenen Nationen hätte so ihren heutigen Entwicklungsstand erreichen können.

In der Regel werden fünf Strategien vorgeschlagen (und durch Schuldenerlass und Strukturanpassungsprogramme erzwungen):

1. Förderung exportorientierten Wachstums

Diese Strategie beinhaltet die Umwandlung der Subsistenzlandwirtschaft in eine *Cash-Crop*-Produktion für den Export, kombiniert mit einer Industrialisierung, bei der Billiglohnarbeiter am Fließband Produkte für den Export herstellen.

Das ist in vieler Hinsicht problematisch:

- Mit der Umstellung der Landwirtschaft gehen nachhaltige Praktiken und die Ernährungssicherheit verloren, und das Einkommen der Nationen hängt nun von den schwankenden Preisen auf den Weltmärkten ab.
- Die Länder werden zunehmend abhängig von importierten Lebensmitteln mit häufig geringerer Ernährungsqualität, etwa durch die zunehmende Dominanz der *fast-food*-Industrie.
- Es besteht die Gefahr eines Preisverfalls, was wiederum Probleme hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit schafft und die Nationen in einen Teufelskreis aus steigender Verschuldung und Ressourcenverknappung führt.
- Die Vernichtung von endlichen Ressourcen, wie zum Beispiel Wäldern, untergräbt auch den zukünftigen Wohlstand.
- Für die Fließband-Produktionsstätten müssen teure Industrie-Waren mit hoher (Kapital, Maschinen usw.) und Energie importiert werden, was die Handelsbilanz verschlechtert.

2. Förderung ausländischer Direktinvestitionen.

- Dies führt oft zu einer Abwärtsspirale, bei der die Länder um ausländisches Kapital wetteifern und am Ende mit einer zerstörten Umwelt, schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen sowie niedrigeren Steuereinnahmen dastehen.
- Viele Länder unterzeichnen Freihandelsabkommen, die Konzerne durch Streitschlichtungsmechanismen für Investoren privilegieren und die Gesetzgebungsspielräume der gewählten nationalen Regierungen beeinträchtigen, was demokratische Einflussmöglichkeiten verschlechtert. Denn in den seltensten Fällen werden die Interessen der ausländischen Konzerne mit denen der lokalen Bevölkerung übereinstimmen.

3. Förderung der Deregulierung der Finanzmärkte.

Spekulant*innen - die so genannten "*Hot Money*"-Investoren – werden angezogen, sodass nun spekulative Kapitalströme unkontrolliert ein- und ausgehen können.

Zusätzlich werden die Länder dazu gedrängt, ihre Geldpolitik in Richtung höherer Zinssätze und die Fiskalpolitik in Richtung niedrigerer Steuersätze zu lenken, um Zuflüsse von ausländischem Kapital anzuziehen.

- Damit richten diese Strategien die nationale Politik an den Interessen des ausländischen Kapitals aus und untergraben das Wohlergehen und die Zukunftsaussichten der lokalen Bevölkerung.
- Während eine Nation kurzfristig große Zuflüsse von ausländischem Kapital verzeichnen kann, führen geringfügige Veränderungen der Bedingungen auf den Weltmärkten zu plötzlichen Abflüssen, die Finanzkrisen und Zusammenbrüche der Aktienmärkte verursachen.

4. Förderung des Tourismus

Befürworter dieser beliebten Strategie, Städte und/oder Regionen weniger entwickelter Nationen in "Rummelplätze" für ausländische Besucher zu verwandeln, behaupten, dass ein Land so wertvolle Devisenreserven erwerben kann.

Die Probleme:

- Zur Befriedigung der Launen der flüchtigen Touristenströme, leidet die Qualität des lokalen städtischen Umfelds, in dem die Menschen leben und arbeiten.
- Großflächige Erschließungen im Resort-Stil beeinträchtigen oft dauerhaft das lokale Ökosystem und absorbieren wertvolle landwirtschaftliche Subsistenzflächen.
- Lebensmittel, Energie und Kapital müssen für den Bau von Hotels und anderer touristischer Infrastruktur importiert werden, was oft die Handelsbilanz verschlechtert und die Währungsinstabilität fördert, da Spekulanten auf eine Abwertung des Wechselkurses wetten.
- Die notwendigen Importe für die Tourismusindustrie reduzieren den Spielraum eines Landes für den Import wichtiger Güter und Dienstleistungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung.
- Ein Abwärtswettbewerb kann entstehen, bei denen verschiedene Länder durch die Gewährung riesiger Subventionen und Steuererleichterungen für ausländische Reiseveranstalter gegeneinander um Touristen konkurrieren,

und die einheimischen Arbeitskräfte oft gezwungen sind, für Hungerlöhne zu arbeiten.

5. Abhängigkeit von Geldüberweisungen im Ausland tätiger Staatsbürger

Angeblich ist es entwicklungsfördernd, wenn die qualifiziertesten Arbeitskräfte eines Landes im Ausland arbeiten und ihr Einkommen zurück in die lokale Wirtschaft überweisen.

- Das baut jedoch zyklische Schwankungen in die Familieneinkommen ein, da die ausländischen Arbeitskräfte oft die ersten sind, die bei einer Rezession in den Gastländern entlassen werden.
- Besonders problematisch ist jedoch die Abwanderung von Fachkräften, durch die geleistete Bildungsinvestitionen dem Land verloren gehen und anderen Staaten zugutekommen.

MMT-Ökonom [Fadhel Kaboub](#), laut Bill Mitchell der führende Experte in diesen Fragen, bezeichnet diese Mainstream-Ansätze zur wirtschaftlichen Entwicklung als "langfristige strukturelle Fallen". Für deren Vermeidung und die In-Gang-Setzung und Aufrechterhaltung eines erfolgreichen Entwicklungsprozesses sind mehrere miteinander verbundene strukturelle Strategien nötig:

Erstens muss die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ausgebaut werden, um die Notwendigkeit des Imports von Grundnahrungsmitteln zu reduzieren und "Import"-Raum für andere Dinge, wie produktives Kapital, freizumachen. Eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik ist das Herzstück dieses Ansatzes. Anstatt Subsistenzlandwirtschaft in *Cash Crops* für den Export umzuwandeln, müssen Nationen die Produktivität und Sicherheit ihrer Subsistenzsektoren verbessern.

Zweitens müssen die Nationen ihre Abhängigkeit von importierten Energiequellen verringern, indem sie in erneuerbare Energien investieren und die Notwendigkeit des Imports fossiler Brennstoffe reduzieren.

Drittens müssen die Länder, die Wertschöpfungsgleichung stärker auf verarbeitete Exporte und reduzierte Importe verlagern. Subventionen für nicht in dieses Innovationsprofil passende Bereiche sollten abgebaut werden. Denn die Mainstream-Industriestrategie ist insofern problematisch, als die Wertschöpfungskomponente der Exporte gering (unverarbeitete Primärgüter oder landwirtschaftliche Produkte) und die Wertschöpfungskomponente der

notwendigen Importe (zum Beispiel Treibstoff und verarbeitete Lebensmittel) hoch ist.

Weniger entwickelte Länder brauchen einen durch staatliche Investitionen in die Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kompetenzentwicklung angestoßenen Innovationsschub. Sie müssen stark in Forschung und Entwicklung investieren.

Welche Rolle bleibt multilateralen Organisationen wie IWF und Weltbank in einer solchen alternativen Entwicklungs-Strategie? Sie sollten durch eine neue Agentur ersetzt werden, die sicher stellt, dass weniger entwickelte Nationen immer genügend Devisen für die notwendigen Importe zur Aufrechterhaltung eines angemessenen materiellen Lebensstandards haben, insbesondere für Nahrungsmittel und Energie.